
Polen¹

Krzysztof Ruchniewicz

Die Kenntnis der eigenen Vergangenheit spielt im Leben der Polen neben Sprache, Konfession und Kultur eine bedeutende Rolle, insofern sie vor allem das nationale Identitätsgefühl schuf und stärkte. Als moderne Nation bildete sich Polen im 19. Jahrhundert heraus, also zur Zeit der Teilungen und des Fehlens eigener Staatlichkeit, was eine Unterordnung unter die meistens repressive Politik der deutschen, russischen und – etwas weniger repressiv – der österreichischen Regierungen bedeutete. Diese Umstände übten einen bestimmten Einfluss auf die Vorstellung von Geschichte, auf den Zustand des historischen Bewusstseins der Polen aus.

Zu den wichtigsten Themen gehörten seitdem die Fragen des Unabhängigkeitskampfes und seiner märtyrerhaften Komponenten. Eine solche Einstellung zur eigenen Vergangenheit ist auch heute noch am Beispiel der Feiern anlässlich der nationalen Gedenktage und anderer Ereignisse festzumachen. Der wichtigste staatliche Feiertag des heutigen Polens, der Jahrestag der Unabhängigkeit, der am 11. November gefeiert wird, besitzt solche märtyrerhafte, und das bedeutet zugleich auch sehr ernste Akzente. Diese Tatsache ist u. a. darauf zurückzuführen, dass der Weg Polens zu einem unabhängigen Staat mit blutigen und verlustreichen Kämpfen gepflastert war, auf die schwere Repressalien folgten. So erklärt sich der Kult der gefallenen Helden, verlorenen Führer und der vielen Niederlagen. Bezeichnenderweise mussten der Volksüberlieferung zufolge sogar Helden sterben, obwohl sie tatsächlich den Kampf

um die Unabhängigkeit überlebten. Ein solches Schicksal traf z. B. den Helden des berühmt gewordenen Gedichtes „Redoute Ordona“, des großen polnischen Romantikers Adam Mickiewicz. Er lässt den Dichter Ordon – entgegen der historischen Wahrheit, aber in Übereinstimmung mit dem verbreiteten Stereotyp – trotz der Übermacht der angreifenden Russen die Redoute in die Luft jagen, wobei er sterben musste. Die im Jahre 1918 errungene Unabhängigkeit währte nur 20 Jahre; sie wurde durch den Zweiten Weltkrieg jäh unterbrochen. Das hat zur Folge, dass der Erfolg des Novembers 1918 durch das Prisma des Septembers 1939 gesehen wird. Die Zeit der staatlichen Unabhängigkeit war zu kurz, um an dem alten Bild etwas zu ändern. Die Tradition des Kampfes um die Unabhängigkeit betrachtete man zusammen mit den Kämpfen der Jahre 1914–1920, die zu einem der wichtigsten Themen der patriotischen Erziehung wurden.

Wie erfolgreich diese Erziehung war, zeigt am besten die Haltung der polnischen Jugendlichen während des Zweiten Weltkrieges. Nach 1945 gehörte Polen zu den „Siegermächten“; es hatte jedoch während des Krieges schwere Verluste an Menschen und Zerstörungen seiner Städte und Infrastrukturen zu verzeichnen und schließlich auch noch gegen seinen Willen den Verlust von Teilen seines Territoriums hinnehmen müssen. Das Land geriet in die Einflussphäre der ihm bis dahin feindlich gesinnten UdSSR und wurde zu einem kommunistischen Einparteiensystem. Die Polen fanden sich nie mit dieser Situation ab, wovon die Versuche von 1956, 1970 und 1981 zeugen, die Fremdherrschaft abzuschütteln. Diese Daten reihten sich in die Liste zahlreicher Aufstände der Polen gegen die Teilungsmächte im späten 18. und 19. Jahrhundert (1794, 1830, 1864) sowie des Sieges über die Bolschewiken 1920 ein. Auf diese Weise entstand eine Kontinuität zwischen den letztgenannten und den Ereignissen des Zweiten Welt-

krieges (Verteidigungskrieg 1939, Warschauer Aufstand 1944) sowie den Protesten gegen die kommunistische Regierung. Gemäß diesem Bild der Vergangenheit erscheint Polen in der Rolle eines unschuldigen Opfers, das von den anderen Nationen überfallen und unterdrückt wird. In der polnischen Romantik entstanden das nationale Selbstbildnis und die Bezeichnung von Polen als dem „Christus der Völker“, die sich im Bewusstsein der polnischen Gesellschaft mit der älteren Parole der *antemurale christianitas* verband.

Im heutigen Polen wird das Wort Patriotismus immer noch überraschenderweise fast ausschließlich mit dem Kampf um die Freiheit des Vaterlandes in Verbindung gebracht, nicht aber mit der Arbeit an der Entwicklung des Vaterlandes. Dies zeigt sich deutlich bei der Lektüre von Dutzenden von Essays, die von den jungen Geschichtsstudenten des Historischen Instituts der Universität Breslau im Herbst 2007 im Rahmen einer Veranstaltungsreihe über die Werkstatt der Historiker verfasst wurden. Die künftigen Historiker setzten sich dabei mit dem Thema „Geschichte als Wissenschaft und das historische Denken über das Leben der heutigen Gesellschaften“ auseinander und schrieben über die didaktische Funktion des historischen Wissens, wobei sie zutiefst von der Notwendigkeit und Möglichkeit des Lernens von der Geschichte überzeugt waren. Historisches Wissen schien für etliche von ihnen nur die Abgabe einer Ehrerbietung an die nationalen Helden zu sein. Sie übersahen, dass die Fakten unterschiedlich interpretiert werden und aus ihnen unterschiedliche Lehren gezogen werden können. Dabei wurde die Frage der historischen Argumentationen im Munde ganz unterschiedlicher Demagogen und Nationalisten nur selten angesprochen. Die historischen Debatten in Polen wurden nur von einigen wenigen erwähnt. So war ein Mangel an kritischer Reflexion gegenüber der Haltung der eigenen

Nation zu beobachten. Allerdings fehlte es nicht an Äußerungen, die den Deutschen und Ukrainern vorgeworfen haben, dass sie über das an den Polen verübte Leid schwiegen und damit die Geschichte relativieren wollten. Selbstverständlich kann man diese Schlüsse nicht auf die polnischen Jugendlichen im Allgemeinen übertragen. Auf der anderen Seite ist aber erwähnenswert, dass diese Meinungen von Personen vertreten wurden, die ein größeres Geschichtsinteresse als der Durchschnitt der jugendlichen Bevölkerung erkennen lassen. Ein Teil der Mitwirkenden der historischen Werkstatt geht noch zur Schule und wird Geschichtslehrer.

Es fragt sich in diesem Zusammenhang, welche Kompetenzen die Schule vermittelt. Kann die Schule, wenn sie schon kein enzyklopädisches Wissen vermitteln kann, wenigstens die Fähigkeit zu einem Geschichtsverständnis und zu einer kritischen Sicht auf die – höchst unterschiedlichen mythologischen Fassungen von Geschichte – vermitteln, wie sie z. B. von rechtsradikalen Gruppen vertreten werden? Man kann die These vertreten, dass die Geschichtsvermittlung der Lehrer nach wie vor an die traditionelle Sichtweise von nationaler Geschichte anknüpft. Ihr Ziel ist es, den Patriotismus der Kriegs- und Kampfzeit zu Ungunsten des Friedens und der bürgerlichen Freiheiten zu pflegen. Dies gilt auch für einige Geschichtsbücher, die von einer ethnozentrischen und auf das märtyrerhafte Andenken ausgerichteten Darstellung Abstand nehmen wollen. Sicherlich sind dies Folgen von Prozessen, die schon in früheren Epochen begonnen haben, und zwar unter Bedingungen, in denen die Einstellungen gegenüber der eigenen Geschichte zutiefst geprägt waren von der Unterdrückung des Volkes durch die fremde Staatsmacht.

Ein anderes Merkmal des polnischen Bildes von der Vergangenheit ist die Opposition zur politischen Macht und zum Staat. Der offiziellen Geschichte, wie sie in den Schu-

len während der Zeit der Teilungen und der Zeit des kommunistischen Polen gelehrt wurde, stand die inoffizielle Geschichte entgegen. Diese wurde in der Familie – gewissermaßen in einem „zweiten Kreislauf“ – durch gedruckte Bücher und Zeitschriften im geheimen Unterricht (sog. „fliegende Universitäten“) angeeignet und als inoffizielle Geschichte der offiziellen Geschichte gegenübergestellt, die als unwahr und erlogen betrachtet wurde. „Keine Staatsmacht kann der Herrschaft über die Zeit entsagen – der Herrschaft über das kollektive Gedächtnis und das kollektive Vergessen“ – schrieb vor zehn Jahren die Soziologin Barbara Szacka. „Deshalb besteht“, so heißt es weiter, „eine Form des Widerstandes gegen die herrschende Macht darin, sich an das zu erinnern, was diese zum Vergessen verurteilt, und das zu vergessen, was diese im Gedächtnis erhalten will, oder sich in anderer als der offiziell erwünschten Form daran zu erinnern.“²

Der Begriff der „weißen Flecken in der Geschichte“, der sich in Polen in der zweiten Hälfte der 1980er und Anfang der 1990er Jahre großer Popularität erfreute, betraf vor allem die Lücken, Auslassungen und Fehler in der offiziellen geschichtlichen Darstellungsweise zur Zeit des Kommunismus. Diese beiden Arten von Geschichte, die private und die staatliche, deckten sich nur kurze Zeit, nämlich in den Jahren 1918–1939 und in der Zeit nach 1989. Das Schicksal der Polen in den letzten beiden Jahrhunderten hatte darüber hinaus zur Folge, dass die Geschichte vor allem eine integrierende und die nationale Identität verstärkende Funktion besaß. Darstellungsweisen der Vergangenheit, historische Auseinandersetzungen und vertiefte Reflexionen, die in eine Kritik der Nation mündeten, waren unpopulär; denn sie führten zum Streit unter Polen, schwächten ihre Geschlossenheit und lieferten den Gegnern Argumente. „Die Wunden nicht schwären lassen“ und „die Herzen stärken“, gehörten zu den wichtigsten Pa-

rolen der Zeit der Unabhängigkeit – Parolen, die zu den Überzeugungen des einfachen Volkes gehörten. Das bedeutete allerdings nicht, dass keine Debatten über die Vergangenheit geführt worden wären; aber diese drangen nur in geringem Ausmaße in das gesellschaftliche Bewusstsein, das größtenteils nicht durch die Arbeiten der Fachhistoriker, sondern durch die schöngeistige Literatur, historische Romane und die großen romantischen Dichtungen geprägt wurde. Es ist erwähnenswert, dass historische Debatten auch in der Teilungszeit geführt wurden. Die wichtigste war die Auseinandersetzung zwischen zwei historischen Schulen, der Warschauer und der Krakauer Schule, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wobei über die Gründe für die Teilungen Polens und sein vollständiges Verschwinden von der europäischen Landkarte gestritten wurde. Allerdings hatten diese Debatten keinen großen Einfluss auf die damalige polnische Gesellschaft. Aus diesem Grund sind heute vor allem diejenigen Diskussionen sehr schwierig und emotionsgeladen, in denen die wissenschaftlichen Meinungen der Historiker mit den Erfahrungen und Meinungen der Gesellschaft konfrontiert werden.

Barbara Szacka definierte das historische Denken als „eine bewusste Anwesenheit der Vergangenheit in der Gegenwart, alle Rituale und Handlungen, die die Bilder und Ereignisse aus der Vergangenheit aktualisieren“.³ Es stellt sich allerdings die Frage: Welches Denken ist gemeint? Kollektives, gemeinsames, oder individuelles, traditionelles oder einmaliges, unwiederholbares Denken? Der polnische Ideengeschichtler Jerzy Jedlicki sprach sich für die zweite Verständnisweise des Denkens aus, wobei er der persönlichen Erfahrung eine bedeutende Rolle zuweist: „Die autobiographische Erinnerung eines Augenzeugen hängt ja von den Erfahrungen und Erlebnissen ab und davon, wo und auf welche Art ihm die Begegnung mit dem reißenden Strom der Geschichte widerfahren ist. (...) Die

menschlichen Erinnerungen können nicht addiert werden, sie bilden keine kollektive Summe, sondern führen untereinander des Öfteren einen Streit.“⁴ Man muss zugeben, dass diese Last der Vergangenheit in Polen immer noch stark zu spüren ist. Es wurden sogar Anfang der 1990er Jahre Ängste wach, wonach die Polen eine Nation sind, die nur in die Geschichte schaut und ständig an das alte Unrecht erinnert, was ihnen die Öffnung auf die Zukunft und Entwicklung erschwere. Dies waren jedoch überzogene und oberflächliche Kritiken. Ähnlich muss man die Befürchtung beurteilen, dass die Polen zu schnell die Vergangenheit vergessen, vor allem die jüngste Vergangenheit, und dass sie dazu neigen, diese zu idealisieren. So verhält sich ein Großteil der älteren Generation der Polen, die in der Zeit der Volksrepublik aufwuchs und nun von den gesellschaftlichen Entwicklungen, die mit der Systemtransformation einhergehen, oft schmerzlich betroffen ist. Die Jugendlichen äußern öfters mangelndes Interesse an der Vergangenheit, vor allem an den politischen Auseinandersetzungen.

„Wir selbst betreiben eine ständige Interpretation und Uminterpretation unseres Lebens“ – schrieb der deutsche Soziologe Peter L. Berger. „Wenn wir der Vergangenheit gedenken, stellen wir sie so dar, wie sie mit unseren aktuellen Vorstellungen von dem, was wichtig und was unwichtig ist, übereinstimmt.“⁵ So sind die Revisionen der eigenen Biographien, die manche Leute heute vornehmen, zu erklären. „Man sucht also die alten Kombattantenausweise heraus, ergänzt die Erinnerungen und Nekrologe, erinnert an die mutigen Proteste gegen die Diktatur, wobei gleichzeitig die falschen Ausweise, Abzeichen, Publikationen, Berichte und Unterschriften tief versteckt werden.“⁶ Auf diese Weise wird die Selbstkritik durchgeführt. Eine allgemeine Lustration war und ist jedoch kein Traum für alle. Die Art und Weise ihrer Durchführung in wichtigen

Fällen hat zur Folge, dass ein Teil der Öffentlichkeit in ihr hauptsächlich politische Auseinandersetzungen, das Streben nach Unruhestiftung in der Gesellschaft sieht. Stehen wir diesbezüglich nicht in der Versuchung, die Wunden der Vergangenheit nicht mehr aufzureißen und auf das Überdenken der Haltung der eigenen Nation zu verzichten? Dieses Problem hängt mit dem wichtigen Komplex von Fragen, Fakten, Urteilen und Diskussionen zusammen, die die Bilanz der Volksrepublik Polen betreffen.

Es ist leicht vorauszusehen, dass in dieser Frage keine Übereinstimmung herrscht und ihre Beantwortung häufig von der politischen Präferenz der Personen abhängt, die gerade an ihr arbeiten. Diesen Einfluss der Politik spüren auch die Historiker. Die ständigen Probleme mit der Tätigkeit des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej), dem polnischen Pendant der deutschen BIRTHLER-Behörde (der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik), sind dafür das beste Beispiel. Die Gesellschaft, vor allem jedoch die politischen Eliten, erwarten von den Historikern Bewertungen und Urteile über Personen und Ereignisse aus der Vergangenheit. Man kann den Eindruck gewinnen, dass die Historiker vor der Wahl stehen, entweder eine totale Lossprechung von Schuld zu erteilen oder eine totale Anklage erheben zu sollen. Nach Jedlicki nehmen sie die Rolle eines „Oberbuchhalters“, eines Richters bei einem „Geschichtstribunal“ und eines „Agenten der historischen Gerechtigkeit“ an.⁷ Manche erliegen dem dadurch entstehenden Druck oder sehen sich in der Rolle des Forschers. Die Ergebnisse ihrer Arbeit werden oft für die aktuellen politischen Auseinandersetzungen ausgenutzt und hierbei oft einseitig interpretiert. In den Diskussionen, die 2005 bis 2008 in den größten polnischen Zeitungen über das Institut des Nationalen Gedenkens geführt wurden, wurden diese Argumente beson-

ders hervorgehoben. Der große Teil der Forscher ist jedoch der Meinung, dass bei Arbeiten dieser Art eine gewisse Ruhe, Abstand von der Sache und vor allem gründliche und umfangreiche Archivstudien notwendig sind – eine Arbeitsweise, durch die sich die entsprechenden Historiker nicht selten dem Vorwurf der Relativierung der „historischen Wahrheit“ ausgesetzt sehen. Man muss konstatieren, schrieb die Historikerin Krystyna Kersten, die diese Einstellung befürwortet, „dass die Rolle des Historikers die der Suche und Vorstellung der documents in the case – der Nachweise in der Sache ist; ich habe immer wieder betont, dass ich als Geschichtsforscherin zu wertenden Urteilen nicht befugt bin“.⁸

Welche Probleme betreffen diese Nachweise? Sie betreffen erstens die Frage der charakterlichen Veränderungen in Polen in den Jahren 1944/45. Welches Ausmaß hatten dabei die Repressionen? Welches Verhältnis hatte die Gesellschaft zur kommunistischen Regierung und zu den von ihr eingeführten sozio-ökonomischen Veränderungen, der Zentralverwaltungswirtschaft? Die Frage der gesellschaftlichen Zustimmung oder Ablehnung ist für die gesamte Nachkriegszeit von Bedeutung. Damit zusammen hängt die Frage, ob die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit freiwillig war oder ob sie von dieser erzwungen wurde. Die zweite Frage betrifft Urteile über die Wirtschaft und die Modernisierungsprozesse, die dritte den Charakter des Staates und der totalitären Strukturen seines Wirkens.

Allerdings ist der Weg von den historischen Geschehnissen bis hin zum gesellschaftlichen Bewusstsein häufig sehr lang. Aus diesem Grund üben vor allem die Erzählungen in den Familien, die eigenen Erfahrungen und die Massenmedien auf das polnische Selbstverständnis der jüngeren, noch schulpflichtigen Generationen in den letzten Jahrzehnten großen Einfluss aus. Eine Konsequenz der Pluralität und Subjektivität der Quellen des historischen Wissens und

der Bilder von der Vergangenheit sind die Kontroversen über und um das Fehlen einer einheitlichen Vorstellung von Vergangenheit. Kurz gesagt: Es gibt eine schwarze und eine goldene Legende von der Volksrepublik Polen.

Der Soziologe Jerzy Szacki charakterisierte diese beiden Einstellungen Mitte der 1990er Jahre als „eine Neigung in der Behandlung der Zeit der Volksrepublik Polen als eines Loches in der polnischen Geschichte oder höchstens eines Kapitels in der martyrologischen Geschichte der polnischen Nation – also der Zeitperiode, nach der nur die Gräber und Denkmäler bleiben (...)“. Und selbstverständlich, so fährt Szacki fort, gehören dazu „die moralischen Verwüstungen, nach denen viele Polen diesen Standpunkt nicht übernehmen wollen. Ich vertrete nicht diese Meinung. Allerdings vertrete ich auch nicht die andere Meinung, nach der die Zeit der Volksrepublik eine normale Epoche unserer Geschichte, und vielleicht etwas besser aufgrund des damals erreichten Fortschrittes als die andere ist, also des Fortschrittes, dessen Früchte seit fünf Jahren verschwendet werden. Nach den Befürwortern dieser Meinung (...) war der Kommunismus nicht so schlimm, weil zu dieser Zeit z. B. keine Arbeitslosigkeit herrschte, sondern unterschiedliche für die Bevölkerung günstige Einrichtungen vorhanden waren.“⁹

Die nostalgische Betrachtung, nach der die Volksrepublik Polen in der Parole „Kommunismus, komm zurück!“ zusammengefasst wird, vertreten nicht nur ehemalige Funktionäre der kommunistischen Partei, von denen sich nur ein Teil in der neuen politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit zurecht findet; Betrachtungen dieser Art sind weit verbreitet. Nach jüngsten Meinungsforschungsstudien bewerten 37 % der Polen die nach 1989 erfolgten Veränderungen negativ, 29 % meinen, dass die aus ihnen resultierenden Vor- und Nachteile das Gleichgewicht halten.¹⁰ Diese Meinung steht im Widerspruch zu der in der Um-

frage ausgedrückten Überzeugung von 65 % der Befragten, dass es richtig gewesen sei, das politische System zu verändern. Das ist nur ein Beweis dafür, dass es nach wie vor sehr starke Nostalgiegefühle gibt, vor allem bei Personen mittleren Alters, den Alten sowie bei Bewohnern der Dörfer und Kleinstädte. Die Menschen aus diesen Gruppen neigen wohl am stärksten zur Sehnsucht nach der angeblich von Wohlstand und Glück geprägten Dekade der Regierung von Edward Gierek, dem Erster Sekretär der PVAP in den Jahren 1970 bis 1980. Dabei denken sie aber eher an den Beginn seiner Regierungszeit, der durch eine bessere Versorgung, die Chance auf einen Reisepass und ein günstiges Auto gekennzeichnet war, und weniger an das Ende dieser Ära, als leere Geschäfte, Mangel an Kohle und ständige Unterbrechungen der Stromversorgung vorherrschten. Die Nostalgie der durchschnittlichen Polen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus erschütterte teilweise die von der Opposition lange Zeit gehegte Überzeugung von einer klaren und dauerhaften Unterscheidung zwischen der Gesellschaft und der kommunistischen Staatsmacht, zwischen „uns“ und „denen da oben“. Auch in diesem Fall drängt sich die Frage nach der gesellschaftlichen Akzeptanz der kommunistischen Machthaber in den Nachkriegsjahren auf.

Angesichts des Umstands, dass die Deutschen trotz jahrzehntelanger Debatten noch immer mit ihrer NS-Vergangenheit ringen, wäre es vermessen zu glauben, dass es den Polen gelänge, in nur ein paar Jahren mit der gesamten Hinterlassenschaft des Kommunismus fertig zu werden, die das Bewusstsein der Gesellschaft belastet. In der letzten Zeit mehren sich die Vorwürfe gegen einige Oppositionelle wegen ihrer Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst in den 1970er und 1980er Jahren, unter anderem auch gegen Lech Wałęsa. Ähnliche Vorwürfe werden auch an die Adresse von Mitgliedern der postkommunistischen

Linken gerichtet. Die Grundlage für diese Vorwürfe bilden die Archivmaterialien des Instituts des Nationalen Gedenkens. Trotz der Vernichtung der Akten des Staatssicherheitsdienstes gegen Ende der kommunistischen Ära 1988/89 stellte sich heraus, dass viele Dokumente als Kopien in anderen Archivbeständen erhalten geblieben sind. Die Bekanntgabe von Namen ehemaliger Agenten hat zur Folge, dass immer mehr bezweifelt wird, ob die stillschweigend im Namen des gesellschaftlichen Friedens angenommene Art der Amnestie für Agenten der Staatssicherheit zur Zeit des Überganges vom Kommunismus zur Demokratie richtig war. Viele Akten kommen in den letzten Jahren wieder zurück, aber nicht als Dokumente der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sondern als politisches Agitationsmaterial. Vielfach werden Befürchtungen geäußert, dass sich bei den durchschnittlichen Polen das Gefühl verbreiten könnte, dass die gesamte ehemalige Opposition in den Agentensumpf verstrickt gewesen ist. Solche Einschätzungen sind natürlich guter Nährboden für die unterschiedlichsten Verschwörungstheorien. Diese Gefühle, verbunden mit der radikalen Kritik an der heutigen Situation in Polen, könnten die offensichtliche Distanz oder gar Abneigung gegenüber der III. Republik, die als die Schöpfung der ehemaligen Oppositionellen gilt, nur verstärken.

Man fühlt sich auch ohnmächtig gegenüber den Gerichten, die nicht imstande sind, die Verantwortlichen für den Tod von Dutzenden Danziger Werftarbeiter im Dezember 1970 oder von Bergleuten während des Kriegsrechts in den Jahren 1981 bis 1983 zu benennen. Die jahrelang dauernden Prozesse stellen die Achtung des Staates, den Glauben an die Gerechtigkeit bei den Menschen, die diese Vorkommnisse immer noch lebhaft in Erinnerung haben, auf schwere Proben. Und so fragt sich: Wie werden die nächsten Generationen diese Probleme beurteilen? Werden sie

vielleicht wie viele frühere Kommunisten sagen: Wenn es kein Urteil und keine Strafe gibt, dann gibt es auch keine Schuld?

Zweifellos ist das historische Denken der Polen bezüglich der Volksrepublik noch nicht beständig; das Bild von dieser Epoche ist noch in der Entwicklung. Das sieht man am besten am Beispiel der sich ständig ändernden Meinungen über die Einführung des Kriegszustandes durch General Wojciech Jaruzelski im Dezember 1981. Im Laufe der Zeit ist ein immer größerer Teil der polnischen Gesellschaft bereit anzunehmen, dass diese Entscheidung im Hinblick auf das Chaos im Land und die Gefahr einer sowjetischen Intervention richtig war. Diese Überzeugung steht im Widerspruch zu den Feststellungen der Historiker, die die Gründe für das damalige Chaos zum großen Teil durch die kommunistischen Machthaber verursacht sehen, die die Konfrontation mit der Bevölkerung suchten, so dass die These, das Kriegsrecht sei eingeführt worden, um der sowjetischen Intervention zu begegnen, unbegründet erscheint.

Das Bild der Vergangenheit der eigenen Nation bestimmt nicht nur die inneren Verhältnisse, sondern auch die internationalen Beziehungen. Entscheidende Bedeutung haben diesbezüglich die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg. Über 20 % der Polen haben den Krieg noch persönlich erlebt. „Die gespürten Folgen des Zweiten Weltkrieges zwingen uns immer zum Denken und Sprechen über diese Jahre“, schrieb 1996 der Historiker Tomasz Szarota. „Im Bildungs- und Erziehungssystem“, so schreibt Szarota weiter, „wird besonders Wert auf die Zeit des Zweiten Weltkrieges und der Okkupation gelegt. Die Ereignisse und die mit ihnen zusammenhängenden Personen sind immer im Fernsehen, Radio und der Presse präsent. (...) Vielleicht werden in keinem Land die mit dem Zweiten Weltkrieg verbundenen Jahrestage so oft und feierlich abge-

halten. (...) Während der Jahrestage beleben sich die Stätten des nationalen Gedenkens, sie werden wieder zum Element der lebendigen Geschichte – die Blumen, brennenden Kerzen, weiß-roten Fähnchen weisen unsere Gedanken auf die Vergangenheit hin. Wer nicht an Allerheiligen auf dem Warschauer Militärfriedhof in Powazki [hier sind u. a. die gefallenen Aufständischen von 1944 begraben, der Verfasser] war, ist nicht imstande zu begreifen, was es bedeutet, mit der Geschichte zu leben.“¹¹

In den Jahren 1965, 1977 und 1988 wurden Personen mit höherer Schulbildung nach den glorreichsten Ereignissen der 1000-jährigen Geschichte Polens befragt. An erster Stelle wurde der Zweite Weltkrieg genannt. Heute würde eine ähnliche Befragung wohl kaum anders ausfallen. Wie aus den Ergebnissen der Meinungsforschung gefolgert werden kann, hat ein Großteil der Polen nach wie vor ein emotionales Verhältnis zu diesen Ereignissen, wobei es keine Unterschiede zwischen den Generationen gibt. 73 % der Befragten sind der Meinung, dass diese Vergangenheit immer noch lebendig und erinnerungswürdig ist.¹² Die Jahrestage 2004 und 2005 verstärkten zusätzlich diese Überzeugung. Diese Tatsache ist u. a. aus der polenzentrierten Darstellung des Bildes dieses Krieges zu erklären. Es wird immer wieder betont, dass sich Polen als erstes Land Hitler widersetzte, dass es keine Kollaborateure hatte und nicht nur eine Opposition besaß, sondern einen Untergrundstaat (*Polskie Panstwo Podziemne*) schuf. Schließlich hatte Polen proportional die größten menschlichen Verluste zu verzeichnen. Interessant ist dabei zu bemerken, dass die militärischen Ereignisse auf dem polnischen Boden zu dieser Zeit eine zweitrangige Rolle spielen. Die Polen bewerteten laut einer Meinungsumfrage von 1994 die Verteidigung Warschaus 1939 und den Kampf um Monte Cassino 1944 höher als den Kampf um Stalingrad 1942/43 und die Landung der Alliierten in der Normandie 1944. Man muss

Szarota zustimmen, dass für die heutigen Polen die Bewertung der mit Polen verbundenen Ereignisse nicht auf der tatsächlichen Bedeutung der Kriegserfahrungen beruht, sondern ihre Suche nach einem Allheilmittel für ihre Komplexe widerspiegelt. „Die Maßlosigkeit der eigenen Martyrologie überdeckt bei uns das Leiden der anderen Nationen“ – heißt es bei Szarota.¹³ Diese Wertschätzung des eigenen Martyriums nahm nach 1989 noch zu, nachdem man über die Repressionen nach der Besetzung der polnischen Ostgebiete durch die UdSSR am 17. September 1939 offen zu sprechen begann. Das Leiden der Polen während des Krieges wurde in der öffentlichen Meinung noch vergrößert: Neue Namen von Märtyrern und neue Hinrichtungsstätten kamen hinzu.

Dieser Stolz auf die Kriegskarte mischt sich jedoch mit der Bitterkeit über die Vergeblichkeit dieser Opfer, die sich in ihrer ganzen Breite unmittelbar nach 1945 gezeigt hat. Diese Sichtweise passt sehr gut zu dem schon erwähnten Kult der Niederlage und des Stolzes auf die moralischen Siege bei gleichzeitigem Fehlen der militärischen und politischen Erfolge. Es scheint, dass sich die monumentalen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes in diese Richtung sehr gut einprägen haben. Mit gewisser Genugtuung haben die Polen die Huldigungen der Vertreter Deutschlands und der Anti-Hitlerkoalition an die ehemaligen Gegner entgegengenommen. Es fehlte nur noch die Anwesenheit des Präsidenten der Russischen Föderation.

Während der Zeit der Volksrepublik Polen stand die Erinnerung an den Krieg unter keinem guten Stern. Es herrschte eine bestimmte Sichtweise der deutsch-polnischen und polnischen-sowjetischen Beziehungen. Jede dieser Sichtweisen war mit einem gewissen Tabu belastet. In den Beziehungen zu Deutschland dominierte die Betonung der Feindschaft des westlichen Nachbarn, wobei die

Erfahrungen des Krieges vielfach zur Untermauerung dieser Meinung dienten. Man kann sogar sagen, dass sich die Polen zur Umwertung in dieser Frage nicht gezwungen fühlten und dass sie von der Veränderung dieses einheitlich negativen Bildes nicht überzeugt waren. Heute wird sehr oft der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von 1965 in Erinnerung gerufen, in dem der wichtige Satz „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ zum ersten Mal öffentlich ausgesprochen wurde. Allerdings zeigte die Reaktion der Gesellschaft, dass dieses Bekenntnis noch verfrüht war und keine Zustimmung hervorrief.¹⁴ Man muss anmerken, dass im katholischen Polen diese Bitte für die Mehrheit der Polen unverständlich war. Wie kann man die Nation Hitlers, Mengeles und des Generalgouverneurs Frank um Vergebung bitten? Haben die Polen gegenüber den Deutschen überhaupt eine Schuld, dass sie diese um Vergebung bitten müssen? Die Reflexionen über die mutigen Worte der polnischen Bischöfe erschienen ziemlich spät, erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Sie betrifft vor allem die Frage der Art und Weise der Aussiedlung der Deutschen aus den an Polen abgetretenen Ostgebieten. Es ist betonenswert, dass sie nicht den Sinn dieser Entscheidung betrifft, sondern die unterschiedliche Beurteilung und einen kritischen Blick auf die Methoden der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus den polnischen Gebieten. Als Beginn dieser Überlegungen kann ein bekannter Essay des Angehörigen der Untergrundarmee und polnischen Oppositionellen, Jan Józef Lipski, gelten, der Anfang der 1980er Jahre unter dem Titel „Zwei Vaterländer, zwei Patriotismen“ erschien. „Wir haben uns daran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben, von denen sich die einen sicherlich schuldig gemacht haben, indem sie Hitler unterstützten, die anderen, indem sie seine Verbrechen tatenlos geschehen ließen, andere nur dadurch, daß sie sich nicht zu dem Heroismus

eines Kampfes gegen die furchtbare Maschinerie aufraffen konnten, und das in einer Lage, als ihr Staat Krieg führte. Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben; die Aussiedlung der Menschen aus ihrer Heimat kann bestenfalls ein kleineres Übel sein, niemals eine gute Tat. Sicherlich wäre es ungerecht, wenn ein Volk, überfallen von zwei Räubern, zusätzlich noch alle Kosten dafür zahlen sollte. Die Wahl eines Auswegs, der, wie es scheint, eine geringere Ungerechtigkeit ist, die Wahl des kleineren Übels darf dennoch nicht unempfindlich machen gegen sittliche Probleme. Das Böse ist Böses und nicht Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist.“¹⁵

Eine Diskussion darüber konnte nur unter der Bedingung freier historischer Forschung zustande kommen; diese Situation trat in Polen erst Ende der 1980er Anfang der 1990 Jahre ein. Man muss dabei konzedieren, dass die polnischen Historiker dieser Frage sine ira et studio nachgegangen sind. Die Ergebnisse ihrer Forschung liegen inzwischen in Form von Artikeln und Monographien vor.¹⁶ Mit der Frage der Vertreibung beschäftigte sich auch die Presse, was zur Popularisierung der historischen Forschung beigetragen und den Nicht-Historikern die Möglichkeit zur Diskussion historischer Probleme gegeben hat.¹⁷

Gleichzeitig wurde das große Interesse der Polen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten für deren Geschichte vor 1945 geweckt. Und auch diesbezüglich ist die Publikationsliste inzwischen sehr umfangreich; außerdem sind viele historische Initiativen „von unten“ entstanden, die sich mit diesem Spezifikum deutscher Geschichte beschäftigen. Von daher ist es verständlich, dass sich das Bild der Vergangenheit in diesen Fragen verändert hat und ergänzt wurde. Dieses neue Bild trägt zur Bildung der neuen Identität der in den ehemals deutschen Ostgebieten lebenden polnischen Bevöl-

kerung bei. Das ist auch deshalb wichtig, weil die meisten Polen an erster Stelle die Identifikation mit der Heimat und der Region suchen, in der sie wohnen.¹⁸

Die Regierungen Polens und Deutschlands suchten damals in der Geschichte beider Staaten jene Elemente, welche die beiden Nationen zusammenbringen konnten. Für viele Polen schien die erneute Erörterung der bereits so oft diskutierten Schuld des NS-Deutschlands gegenstandslos. Manche sahen darin, dass man die Geschichte ausklammerte und sich auf die Probleme der großen politischen Umwälzungen konzentrierte, eine große Chance, das tragische Erbe zu überwinden. „Es kam zu einer in den deutsch-polnischen Beziehungen im vergehenden Jahrhundert beispiellosen Situation“, schrieb der bekannte Historiker Edmund Dmitrow in einem Aufsatz über Erinnerung und Vergessen in den deutsch-polnischen Beziehungen. „Die staatlichen und nationalen Interessen drängen beide Seiten dazu, aus der historischen Erinnerung das hervorzuheben, was der Freundschaft und Zusammenarbeit dienen kann, anstatt, wie sie das bisher getan haben, aus ihrer Begründungen für Feindschaft und Kampf zu schöpfen.“¹⁹

Allerdings haben die neuen historischen Debatten in Deutschland Ende der 1990er Jahre gezeigt, dass dieser Eindruck gegen Ende des Kapitels „Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen“ zu oberflächlich war. In Deutschland lösten Publikationen wie die Bücher „Der Brand“ von Jörg Friedrich und „Im Krebsgang“ von Günter Grass große Debatten aus.²⁰ In diesen Büchern wurde die Frage der Deutschen als Opfer auch des Zweiten Weltkrieges angesprochen. In den folgenden Jahren erschienen weitere Bücher zu diesem Thema, mit dem sich auch etliche Spielfilme und Fernsehdokumentationen befassten. Die Deutschen als Opfer des Bombenkrieges und der Vertreibung – das waren keine neuen Themen; vielmehr wurden diese Probleme in der Forschung und in der Öffentlichkeit schon früher behandelt. Nun aber

beteiligte sich erstmals das vereinigte Deutschland an dieser Debatte. Hinzu kam eine besondere Hinwendung zu den Schicksalen einzelner Personen; dadurch, dass die Leiden nun am Beispiel einzelner Personen gezeigt wurden, konnte man sie sich besser vorstellen, waren sie gewissermaßen „zum Anfassen“.

In Polen wurde dieses wachsende Interesse am Krieg mit Überraschung und gar Verwunderung aufgenommen. Die Polen akzeptierten die Stilisierung der Deutschen als Opfer – zumal in diesem zahlenmäßigen Ausmaß – nicht. Auch diejenigen unter ihnen, die begonnen hatten, in den Deutschen Opfer der Ereignisse in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre zu sehen, gingen die Ansprüche der Deutschen zu weit – schienen diese doch nur einen kleinen Schritt davon entfernt zu sein, erneut in die immer wiederkehrenden Übertreibungen des eigenen Leids und der Aggressivität der Gegenseite zurückzufallen.

Hinzu kam etwas, was viele Polen besonders empörte: dass das wachsende Interesse der deutschen Öffentlichkeit an den „alten“ Geschichten von einigen Vertriebenenorganisationen ausgenutzt wurde. So schlug man vor, ein *Zentrum gegen Vertreibungen* einzurichten, das – so war jedenfalls die ursprüngliche Konzeption – hauptsächlich das Leiden der vertriebenen Deutschen zeigen sollte.²¹ Ähnliche Erfahrungen anderer Nationen, auch in Folge der NS-Politik, sollten dagegen nur marginal behandelt werden. Diskussionen über die Wiedergutmachung für das im Osten zurückgelassene deutsche Eigentum lebten wieder auf. Forderungen dieser Art waren mit einer europäischen Rhetorik verbunden; die den EU-Beitritt erstrebenden Staaten sollten „europäische Standards“ einhalten. Dass diese Forderungen anachronistisch waren und den Polen eine Rechnung für einen Krieg ausgestellt werden sollte, den sie nicht ausgelöst und nicht gewollt haben, entging den Initiatoren ganz und gar.

Zur Einforderung von Entschädigungen schuf eine Gruppe Vertriebener eine private Organisation, die „Preußische Treuhand“. Diese Nachricht elektrisierte viele Polen, vor allem ältere; sie belebte alte Traumata und schürte Misstrauen gegenüber dem wohlhabenden Nachbarn. Auch einige polnische Politiker sahen Chancen darin, diese Problematik aufzugreifen. Es wurden übertriebene Vorwürfe formuliert, wonach jene Deutschen, die auch finanzielle Ziele verfolgten, ihre bisherige Einstellung zum Zweiten Weltkrieg neu interpretieren wollten; aus Tätern sollten en bloc Opfer werden. Die Idee, ein solches Zentrum unter der Schirmherrschaft des Bundes der Vertriebenen zu gründen, wurde eindeutig abgelehnt. Aktuelle politische Ereignisse wie etwa die Frage einer deutsch-russischen Ostsee-Pipeline belasteten die polnisch-deutschen Beziehungen zusätzlich. Als 2005 in Polen die von den Brüdern Lech und Jaroslaw Kaczynski gegründete Partei, *Recht und Gerechtigkeit* (PiS), an die Macht kam, verschlechterten sich die polnisch-deutschen Beziehungen beinahe von Tag zu Tag. Die PiS hat sich u. a. zum Ziel gesetzt, die Geschichtspolitik zu intensivieren und eine Forcierung des nationalen Geschichtsbildes vorzunehmen.²²

Die länger andauernde Krise in den polnisch-deutschen Beziehungen, die seit dem Ausbruch des Irak-Kriegs und den Turbulenzen um die EU-Verfassung an der Wende des 20. zum 21. Jahrhundert zu beobachten war, hatte also ein Gegenstück in dem sich verschärfenden Konflikt um historische Fragen. 2004 fand im polnischen Parlament eine stürmische Diskussion über deutsche Kriegsreparationen an Polen statt. Es wurde eine Resolution verabschiedet, welche die polnische Regierung dazu verpflichtete, gegenüber den deutschen Partnern aktiv zu werden, um diese Frage zu lösen. Auf diese Weise wollte man die Eigentumsansprüche eines Teils der Vertriebenen um die Preußische Treuhand kontern. Die Übernahme der Macht durch die

Brüder Kaczynski trug dazu bei, dass sich die Bedeutung historischer Probleme zwischen Polen und Deutschland vergrößerte. Die Suche nach einem Dialog mit dem deutschen Nachbarn als ein Weg zu einer guten Zukunft Polens sah man nun nicht mehr als wichtigste Aufgabe an. Das Ziel war vielmehr die Wiedergeburt des Patriotismus, der in den letzten Jahren angeblich aufgegeben wurde. Sehr schnell stellte sich dabei heraus, wie eng die Partei der Kaczynski-Brüder Recht und Gerechtigkeit und ihre Anhänger die Vaterlandsliebe definierten.

Die von dieser politischen Formation forcierte *neue Geschichtspolitik* durchkreuzte die Politik des *kritischen Patriotismus*; diese bis dahin vor allem in den Schulen und Medien verbreitete Sichtweise der Geschichte sollte nunmehr durch eine affirmative Haltung zur Geschichte von Staat und Nation abgelöst werden. Die schwierigen deutsch-polnischen Diskussionen sowie die noch schwierigeren polnisch-jüdischen fanden keine Rückendeckung seitens der Staatsführung mehr, weil sie nach Meinung der Machthaber mehr mit „Nestbeschmutzung“ zu tun hatten als damit, die ermutigenden Fakten aus der eigenen Geschichte zu betonen.

Das Argumentieren mit der Geschichte machte keinen guten, sondern vielmehr einen anachronistischen Eindruck und führte zunehmend zu Verstimmungen, auch auf der Ebene der EU. Dem Sieg der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska*) bei den vorgezogenen Wahlen im Herbst 2007 bedeutete dann die Aufgabe der bisher von PiS forcierten einseitigen Geschichtspolitik. Die neue Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk versucht, die aktuelle Politik nicht mit historischen Ereignissen zu begründen und den Dialog mit den Nachbarn wieder aufzunehmen. Das beste Beispiel sind die Vorschläge zur Verwirklichung der Idee des „Sichtbaren Zeichens“, so ist der Arbeitstitel für die geplante Einrichtung der Deutschen

Bundesregierung zur Erinnerung an die Vertreibung von 60 bis 80 Millionen Menschen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zu dem Polen eine neutral-wohlwollende Haltung eingenommen hat. Geplant ist darüber hinaus die Idee zur Gründung eines Museums in Danzig, wobei auch die deutsche Seite beteiligt sein soll.

Hinsichtlich der Beziehungen zu Russland bzw. zur Sowjetunion gab es in Polen immer eine deutliche Kluft zwischen der offiziellen Geschichte und dem gesellschaftlichen Denken. Auch wenn die politischen Machthaber und die Gesellschaft bezüglich der antideutschen Einstellungen in etlichen Punkten der polnischen Nachkriegsgeschichte übereinstimmten, herrschte doch stets ein Konflikt zwischen der offiziellen und der privaten Version der Ereignisse. Die propagandistische Parole der „sowjetisch-polnischen Freundschaft“ als Modell zur Darstellung der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten nach 1944 wurde als Lüge empfunden. Im Bewusstsein der Polen existierte eine klare Kontinuitätslinie zwischen der Politik des zaristischen Russlands und der UdSSR gegenüber Polen. Die in den Geschichtsschulbüchern forcierte These, dass Polen erst dank der Oktoberrevolution und der Verwirklichung der bolschewistischen Idee zur Selbstbestimmung der Nationen gefunden habe, fand keinen Widerhall in den polnischen Köpfen.

Zweifelsohne sind antirussische Gefühle und Ängste in Polen keine Seltenheit. Sie werden zusätzlich gestärkt durch den Widerwillen Russlands, eine Geste der Wiedergutmachung für das Leiden der Polen in Folge der stalinistischen Repressionen zu leisten. Die Frage der Ermordung der polnischen Kriegsgefangenen 1940 in Katyn wurde in der Meinung der polnischen Öffentlichkeit durch Moskau nicht angemessen behandelt. Es fällt sehr schwer, sich einen Präsidenten Dmitry Medvedev vorzustellen, der die schmerzlichen Fragen der gemeinsamen Beziehungsgeschichte so mu-

tig anspricht wie vor ein paar Jahren Gerhard Schröder. Dabei muss man unterstreichen, dass die polnischen Verluste im Osten, sowohl die menschlichen, als auch die materiellen, für die polnische Gesellschaft ein abgeschlossenes Kapitel darstellen. Im gewissen Sinne trugen dazu die polnischen Kommunisten bei, indem sie jahrzehntelang die Erinnerung an die verlorenen Gebiete erstickten. Noch während der tiefen politisch-wirtschaftlichen Krise 1956 notierte der Sicherheitsdienst Stimmen zur Revision der östlichen Grenze Polens. In den späteren Jahren gab es solche Forderungen nicht mehr. Die neuen Grenzen Polens und seine nationale Homogenität wurden von einem großen Teil der Gesellschaft akzeptiert.

Die idealisierte Erinnerung an die Ostgebiete (Kresy Wschodnie), die im allgemeinen die dortige zivilisatorische Rückständigkeit und den Konflikt zwischen den Polen und den nationalen Minderheiten ausklammerte – wurde in den aus dem Osten Polens stammenden Familien als Teil ihrer privaten Tradition gepflegt. Großes Interesse in dieser Frage gab es in den ersten Jahren nach der Aufhebung der Zensur. Heute schrumpft dieses Interesse auf die Kombattantenkreise und die aus diesen Gebieten stammenden Personen. Nur die wichtigsten Angelegenheiten, wie z. B. die Renovierung des Militärfriedhofs in Lemberg, wecken die Aufmerksamkeit eines Teils der polnischen Öffentlichkeit. Ein Teil der polnischen Gesellschaftswissenschaftler vertritt die Meinung, dass die von den Kommunisten erzwungene und durch die Nachkriegspolitik verursachte geographische Reorientierung Polens in Richtung Westen, die heute durch den EU-Beitritt Polens gefestigt wurde, bei den Polen ein noch schnelleres Vergessen von Aspekten der alten Geschichte in den Ostgebieten bewirkt hat.

Die polnische Erinnerung an den Osten, die Art und Weise, wie die Polen die dortigen Nachbarn sehen, charakterisiert darüber hinaus das von dem Großteil der pol-

nischen Gesellschaft gehegte Gefühl der Überlegenheit im Verhältnis zu den Russen sowie den anderen östlichen Slawen. Der Stereotyp des „polnischen Herren“, das bei diesen noch präsent ist, stört die Polen nicht, sondern berührt ihre Eitelkeit und gibt ihnen das Gefühl großer Wertschätzung. Aus diesen Wurzeln wächst auch unser Verhältnis gegenüber den Ukrainern. Das Stereotyp des Ukrainers, das teilweise durch tragische historischen Erfahrungen geprägt war, stellt ihn als einen revoltierenden, grausamen Bauern dar, der ein Messer zwischen den Zähnen hält, um die Polen zu schlachten. Wie stark diese Vorstellungen nach wie vor sind, zeigten die in den 1990er Jahren immer aufbrechenden Konflikte im südöstlichen Teil Polens, wobei es nicht nur um historische Fragen ging, sondern auch um aktuelle politische und konfessionelle Fragen wie z. B. den Streit um die Kathedrale in Przemyśl. Die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Massenmorde an der polnischen Bevölkerung in Wolhynien im Mai 2003 zeigten, dass die Erinnerung an diese Ereignisse die beiden Nationen nach wie vor teilt. Zum latenten Unruheherd ist auch die Frage der Renovierung des Friedhofes in Lemberg (des so genannten Adler-Friedhofes) geworden, wo die Aufständischen, die für ein polnisches Lemberg gekämpft haben, begraben sind. In dieser Angelegenheit werden von polnischer Seite nur sehr selten die ukrainischen Gegenargumente berücksichtigt. Man fragt sich, wie sich die Polen verhalten würden, wenn die Deutschen ihre für „das deutsche Schlesien“ gefallenen Soldaten, die um den Annaberg in Oberschlesien gekämpft haben, durch neue Denkmäler oder Feiern ehren würden? Auf der anderen Seite ist für die Polen das Streben eines Teils der ukrainischen Öffentlichkeit, die polnische Anwesenheit und die zivilisatorische Rolle der polnischen Kultur auf dem Gebiet der heutigen Westukraine zu verschweigen, irritierend und unverständlich. Die Polen, die den Wert der Erinnerung an das deutsche

Erbe als Teil ihres Gebietes (die ehemaligen deutschen Ostgebiete) anerkannt haben, hoffen auf eine ähnlich ruhige und reife Haltung der Ukrainer gegenüber dem polnischen Kulturerbe. Da sie diese Haltung aber nicht erkennen, sind sie irritiert und erklären dies mit Verweis auf das stereotypische Bild vom Nationalcharakter der Ukrainer.

Diese Einstellung ist darauf zurückzuführen, dass die Folgen der Unterdrückung der Ukraine durch die UdSSR auch für die nationale Identität sowie für die historische Erinnerung der östlichen Nachbarn bei vielen Polen nicht präsent sind. Allmählich kann man jedoch auch in dieser Hinsicht bestimmte Veränderungen feststellen. Der Dialog zwischen den Historikern schreitet langsam voran, obwohl er nicht so intensiv ist wie die deutsch-polnischen Kontakte auf wissenschaftlicher Ebene. Das beste Beispiel sind die seit Jahren durchgeführten historischen polnisch-ukrainischen Seminare, deren Erträge in der mehrbändigen Reihe „Polen–Ukraine. Schwierige Fragen“ dokumentiert sind. Das gesellschaftliche Wissen in Polen über die Gründe und den Verlauf der „Aktion Weichsel“ (1947), also der Aussiedlung der ukrainischen Bevölkerung aus den südöstlichen Teilen Polens nach Masuren, Pommern und Schlesien vergrößert sich zusehends. Um eine neue Sichtweise gegenüber dem östlichen Nachbarn kämpft auch die Kunst. Das beste Beispiel liefert der Film „Mit Feuer und Schwert“ (1999), der nach dem 1883 erschienenen gleichnamigen Roman des polnischen Schriftstellers, Henryk Sienkiewicz, gedreht wurde und vom polnisch-ukrainischen Konflikt im 17. Jahrhundert handelt. Allerdings folgt der Film der Handlung des Buches nicht getreu, sondern zeigt nach dem heutigen Stand des Wissens die polnisch-ukrainischen Beziehungen dieser Zeit und die Aspirationen der Kosaken. Als ein wichtiges Ereignis kann sich in diesem Zusammenhang in Polen geäußerte öffentliche Unterstützung für die ukrainische „Orange-Revo-

lution“ im November/Dezember 2004 erweisen, die in Fahrten in die Ukraine zur Unterstützung von Viktor Juščenkos zum Ausdruck kam. Ob dies zu einer Verbesserung des polnisch-ukrainischen Verhältnisses führt, hängt von einer Lösung der bisherigen Streitfragen ab. Dabei könnte auch das Abtreten der Erlebnisgeneration und der Teilnehmer der Wolhynien-Tragödie eine große Rolle spielen. Die Erinnerung an diese Ereignisse ist in Polen nach wie vor präsent, aber die Intensität der negativen Gefühle gegenüber den Ukrainern nimmt sicherlich in der Zukunft ab. Vielleicht wird einmal die Meinung, die von einem jungen Studenten der Universität Warschau geäußert wurde, für seine Generation zur Norm werden, der sagte: „Mich wundert die Leichtigkeit, mit der die [polnische – der Verfasser] Vergeltung gerechtfertigt wird. Ich möchte, dass die Erinnerung meiner Generation an diese Ereignisse keinen Unterschied im Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung als mehr oder weniger begründet machen wird. (...) Die Zahlen sind wichtig für die Historiker, aber welche Bedeutung hat das für uns, ob tausend oder fünfzigtausend polnische oder ukrainische Zivilisten ums Leben gekommen sind? Als Vergeltung – oder nicht? (...) Die Tötung von unschuldigen Menschen, die brutale Aussiedlung – dieses Übel lässt sich nicht rechtfertigen. In diesem Sinne sollten sich beide Seiten entschuldigen und beide Seiten sollten das souverän tun, ohne jeglichen Druck, nachdem sie zu der Anerkennung der gegenseitigen Schuld reif geworden sind.“²³

Die größten Probleme im polnischen historischen Denken betreffen das Verhältnis zu den Juden. Die Beziehungen zwischen den beiden Völkern reichen bis ins Mittelalter zurück, als sich in Polen viele in den anderen Staaten Europas verfolgte Juden niederließen. Allerdings hatten die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts auf die Haltungen beider Völker zueinander einen großen Einfluss. Ich möchte an dieser Stelle auf die komplexe Frage der Existenz oder

Nicht-Existenz des polnischen Antisemitismus nicht näher eingehen, da dies ein eigenes Thema darstellt. Anmerken möchte ich nur, dass das Bewusstsein des jahrhundertelangen Zusammenlebens der Polen und der Juden nicht sehr verbreitet ist, weder auf der einen, noch auch auf der anderen Seite. Zweifelsohne gehörten antisemitische Stimmungen, die manchmal auch in Ausschreitungen gipfelten, zur Realität in der II. Polnischen Republik (1918–1939) und auch in der Volksrepublik Polen. Die Personen, die diese Haltungen geteilt haben, übernahmen nach 1945 die Parolen von der Herrschaft der Judeo-Kommunisten (polnisch: zydokomuna) sehr schnell, wobei die traditionellen antisemitischen Komponenten um neue Elemente ergänzt wurden. Die Gründe dafür wurden in der verhältnismäßig großen Zahl jüdischer Kommunisten im Parteiapparat und im Sicherheitsdienst im ersten Nachkriegsjahrzehnt gesucht. Heute glaubt man, dass Juden auch in den politischen oder kulturellen Eliten stark vertreten waren.

Viele Juden schauen heute auf Polen vor allem als das Land des Holocaust. Die Polen empören sich über die ständigen Vorwürfe, die polnische Hilfe für die Juden während des Krieges sei ausgeblieben. Immer wenn in den Massenmedien vom Schicksal polnischer Bürger jüdischer Abstammung während des Krieges die Rede ist, wird betont, dass für Hilfe für die Verfolgten der Tod drohte. Trotzdem sind die meisten Bäume, die die Hilfe für die Juden symbolisieren, in dem berühmten Gedenkpark in der Nähe der zentralen Gedenkstätte für die Opfer und Helden des Holocaust, Yad Vashem in Israel, den Polen gewidmet. Das schon vorhin erwähnte polenzentrierte Bild des Krieges hatte zur Folge, dass die Polen über den Holocaust recht wenig wissen. Der größte Teil von ihnen sieht Auschwitz als ein Konzentrationslager hauptsächlich für Polen; so ist die jahrelange Auseinandersetzung um die Aufstellung von

Kreuzen auf dem Lagergelände zu erklären, die von jüdischen Kreisen in aller Welt kritisiert werden. Man weiß zwar, dass während des Krieges dort fünf bis sechs Millionen polnischer Bürger ums Leben gekommen sind; d. h. aber nicht, dass der große Teil der Bevölkerung sich bewusst ist, dass davon mindestens die Hälfte Juden waren. Seit vielen Jahren wird in den polnischen Schulen über den Holocaust intensiver unterrichtet. Es entstanden die ersten Curricula und Schulbücher zu diesem Thema. Dass sich die Polen auf die Beispiele der Hilfe für die ermordeten Juden berufen, kann gleichzeitig eine Beruhigung für das schlechte Gewissen bedeuten, vor allem zur Zeit der hitzigen Debatten über die Ermordung von Juden in der Kleinstadt Jedwabne durch ihre polnischen Nachbarn im Juni 1941. Die komplizierten und emotionsgeladenen polnisch-jüdischen Beziehungen zeigen sich anschaulich, wenn man die hitzig geführte Debatte der Jahre 2000 bis 2002 zum Thema der Ermordung von Juden in der Kleinstadt Jedwabne durch ihre polnischen Nachbarn im Juni 1941 betrachtet. Diese Debatten wurden durch das Buch des seit vielen Jahren im Westen lebenden polnischen Historikers, Jan Tomasz Gross initiiert, das unter dem Titel „Nachbarn“ erschienen ist.²⁴

Die Diskussionen überragten alles, was bis dahin auf dem Gebiet an historischen Debatten in Polen bekannt war. Es kam zu scharfen Polemiken zwischen Historikern, Journalisten und polnischer Bevölkerung. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass in dieser Zeit in fast jedem polnischen Haus über Jedwabne diskutiert wurde. Das resultiert aus der Tatsache, dass das Pogrom vor 60 Jahren (und einige andere Ereignisse dieser Art zu jener Zeit) das traditionelle Bild Polens und der Polen als Opfer der Geschichte und der Nachbarn ins Wanken gebracht hat. Zwar mussten sich die Polen früher schon mit den Fragen der Nachkriegsaussiedlungen der Deutschen und Ukrainer und damit ver-

bundener Gewalttätigkeit auseinandersetzen, doch konnten sie damals noch annehmen, dass das ihnen von anderer Seite zugefügte Leid immer noch größer war als die eigenen Taten. Zumindest einem Teil der Polen fiel es leichter, Großherzigkeit und Verzeihungsbekundungen zur Schau zu tragen. Im Fall der wehrlosen Juden, die von der Vernichtung durch die Deutschen bedroht waren, gab es einen solchen lindernden Kontext nicht, obschon ein Teil der Historiker und der öffentlichen Meinung einen solchen zweifellos gesucht hat. Man wies auf eine bei dem Pogrom angeblich im Hintergrund stehende, aber nicht näher bekannte deutsche Militäreinheit sowie auf die frühere Zusammenarbeit von einigen Jedwabner Juden mit dem sowjetischen Sicherheitsdienst hin. Zweideutig klangen einige Auseinandersetzungen um die Zahl der verbrannten Opfer in der Scheune, weil unabhängig davon, ob es einige hunderte oder eintausend Opfer gegeben hat, die Verwerflichkeit des Pogroms nicht geringer wird.

Die Jedwabne-Frage verursachte bei vielen Polen große Betroffenheit und tiefen Schmerz. Sie konnten nicht glauben, dass diese Tragödie von ihren Landsleuten direkt zu verantworten war. Es ist bezeichnend, dass diese Ereignisse einem Teil der Historiker schon seit vielen Jahren bekannt waren. Ja, es gab hierüber schon etliche Studien. Nach 1989 wurden das Pogrom in Kielce 1946 und die von den polnischen Kommunisten verursachte antisemitische Kampagne 1968 ausführlich analysiert. Über Jedwabne wurde jedoch geschwiegen. Ähnlich verhielt man sich nach der Veröffentlichung des Buches von Jan Tomasz Gross. Erst nachdem die beiden großen polnischen Zeitungen „Gazeta Wyborcza“ und „Rzeczpospolita“ beschlossen hatten, dass man in dieser Angelegenheit nicht mehr länger warten sollte (man wusste, dass Gross vorhatte, sein Buch in anderen Ländern drucken zu lassen), setzte die Diskussion ein. An dieser Stelle möchte ich auf die ausführliche Darstellung

der Jedwabne-Diskussion verzichten, weil sie in der deutschen Sprache sehr gut dokumentiert ist.²⁵ Ich möchte jedoch die wichtigsten Argumentationstypen darstellen, die die Reaktionen auf das Pogrom in Jedwabne kennzeichnen.

Diskussionen über Gross' Thesen wurden in allen wichtigen Zeitungen und Zeitschriften, mit ihren verschiedenen Profilen und politischen Ausrichtungen veröffentlicht. Es entstanden Internetseiten mit Materialien über die Ereignisse in Jedwabne. Wie Tomasz Szarota, der als prominenter Fachhistoriker des Zweiten Weltkriegs bekannt ist und der selbst aktiv an den öffentlichen Diskussion beteiligt war, im Mai 2001 feststellte, kann man weder von einer Analogie zum deutschen „Historikerstreit“ noch von einer öffentlichen Debatte sprechen, sondern von einer Diskussion, an der die gesamte Nation beteiligt war. Besonders wichtig, wichtiger jedenfalls als die Positionen der Berufshistoriker, sind dabei die moralischen Aspekte. Bei der Charakterisierung der unterschiedlichen Positionen dieser Debatte halte ich mich an einen aufschlussreichen Artikel des polnischen Zeitgeschichtlers, Andrzej Paczkowski²⁶.

Die erste Argumentationsform betrifft die Zustimmung zu den Thesen von Gross. Ihre Vertreter, hauptsächlich Journalisten, stützten alle Feststellungen des Autors. Eine Verifizierung von Details, eine Einordnung der Ereignisse in den historischen Kontext hielten sie für überflüssig, da dies angesichts der Dimension und des Charakters des Verbrechens keine Bedeutung habe; die moralische Dimension des Problems war für sie von grundlegenderer Bedeutung. Es melden sich auch Stimmen, wonach dies nur dazu dienen könne, die Schuld der Bewohner von Jedwabne bzw. der polnischen Nation zu relativieren. Die polnische Regierung solle individuell wie in nationaler Hinsicht Reue äußern und die Ermordeten mit einem Denkmal ehren, dessen Inschrift die ganze Wahrheit enthalten solle.²⁷

Die zweite Haltung im Falle von Jedwabne ist gekenn-

zeichnet durch eine „defensiv-offene“ Position, wie sie für den Großteil der polnischen Historiker charakteristisch war. Der moralische Widerhall ist für diese Personen offensichtlich, denn sie rütteln auch nicht an der polnischen Schuld. Allerdings sind sie der Meinung, dass es erforderlich sei, sämtliche Umstände des Verbrechens einschließlich der Anzahl der Ermordeten genau zu erforschen. Für das Verständnis der Gründe der Tragödie sei auch der Kontext unabdingbar: der Antisemitismus der Vorkriegszeit, der Verlauf der sowjetischen Okkupation und der demoralisierende Einfluss des Krieges. Die defensiv-geschlossene Position vertritt folgende Thesen: Den Polen könne man ausschließlich Beihilfe vorwerfen, den Deutschen dagegen die „Tatlenkung“; die Morde hätten Personen „auf der schiefen Bahn“, vom Rande der Gesellschaft begangen, die man nicht als repräsentativ für die Gesellschaft von Jedwabne betrachten könne. Obwohl die Akzentverschiebung vom eigentlichen Verbrechen auf seine verschiedenen, u. a. auch politischen Motive hier deutlich erkennbar ist, ist zu betonen, dass auch diese Gruppe die polnische Schuld nicht leugnet. Sie hält eine Reuebekundung im Namen der Nation jedoch für überflüssig, es genüge, die Täter des Mordes zu verurteilen.²⁸

Der letzte Typ von Einstellungen ist charakteristisch für die extreme Rechte, u. a. Gruppierungen im Umfeld *Radio Maryja* sowie nationalistische Gruppen. Den Fall Jedwabne sehen sie als eine „antipolnische Verschwörung“ an, deren Absicht es gewesen sei, Polen zu Entschädigungszahlungen zu zwingen. Sie weisen die polnische Schuld zurück oder sehen in ihr eine Rache für die Kollaboration der Juden mit der UdSSR. Wie Andrzej Paczkowski bemerkte, kam es hier zu einer „Umkehrung des Ausgangsproblems: Wichtig ist nicht die Einstellung der Polen gegenüber den Juden, sondern das (negative) Verhältnis der Juden zu den Polen.“²⁹ Es scheint allerdings nicht, dass die Negation der

Ereignisse in Jedwabne nur die Personen mit rechtsradikaler Prägung vertreten. Auch der konservative Teil der linken Wähler, die ihre Anhänglichkeit an das Erbe der Volksrepublik und ihrer Geschichtsinterpretation immer wieder bekundet haben, sieht die Dinge ähnlich. Die Kommunisten hatten doch – obschon das paradox klingen mag – große Verdienste bei der Verfestigung des Bildes von einer Nation von Helden. Forschungen über die Kollaboration während des Krieges wurden in der Tat unterdrückt.

Ein gewisses Vorbild für die Gesellschaft war sicherlich die Haltung der höchsten Vertreter des Staates und der Katholischen Kirche. Der polnische Präsident, Aleksander Kwasniewski, äußerte während der Feierlichkeiten zum Jahrestag des Pogroms sein Bedauern und bat um Entschuldigung. Dafür wurde er von den Rechten scharf angegriffen. Es scheint allerdings nicht, dass sich die Gesellschaft von ihm distanziert hat. Für die abnehmende Popularität Präsident Kwasniewskis waren eher die damals bekannt gewordenen Affären linker Politiker sowie der allmähliche Niedergang der Linksregierung ausschlaggebend. Wichtig war Kwasniewski Geste der Entschuldigung vor allen Dingen für das Bild Polens in der Weltöffentlichkeit. Eine ähnliche Geste konnte sich der Primas von Polen nicht leisten, obschon die Katholische Kirche ihr Bedauern über diese Verbrechen zum Ausdruck brachte. Die Gründe für diese Haltung waren sicherlich die Meinungsunterschiede unter den polnischen Kirchenführern. Der Lubliner Erzbischof Jozef Zycinski unterstrich von Anfang an die Notwendigkeit der moralischen Abrechnung mit diesem Verbrechen. Der Erzbischof von Łomża, Stanislaw Stefanek, dagegen, in dessen Diözese die Gemeinde Jedwabne liegt, vertritt eher die Meinung seiner Diözesanmitglieder, die verbittert gegen die „Verunglimpfung Polens“ kämpften. Der Pfarrer von Jedwabne nahm ebenso wenig wie seine Gemeindemitglieder an den Feierlichkeiten teil. Es ging über ihre Kräfte, denn damit hätten

sie ja ihre Eltern und ihre Vorfahren verdammt, die vielleicht nicht aktiv an dem Geschehen teilgenommen hatten, aber diesem doch gleichgültig zugeschaut und sich an dem Eigentum der Ermordeten vielleicht bereichert hatten.

Die Jedwabne-Frage und die Fälle der Verfolgung oder schlechten Behandlung der Juden durch die Polen stellen nach wie vor aufgerissene Wunden im Bewusstsein der Polen dar. Ob sie einen festen Platz in ihrem Bewusstsein einnimmt, bleibt abzuwarten. Sie wird jedoch sicherlich nicht mehr in die Sphäre des Schweigens zurücktreten. Die Meinungen der Publizisten und Gesellschaftswissenschaftler sind übereinstimmend. Der Initiator dieser Debatte, Gross, stellte eine These auf, die die Historikerkunft empörte, als er behauptete, dass die polnische Geschichte neu geschrieben werden müsse. Dabei hatte schon im Jahre 2000 der Journalist Jacke Żakowski geschrieben, dass Jedwabne das polnische Gewissen erschüttert hat und dass man dieses Ereignis im gesellschaftlichen Bewusstsein festhalten müsse. Einige Historiker dagegen vermuten, dass Jedwabne das polnische Denken nicht reinigen wird, dass es vielmehr einen zusätzlichen Grund zur fortschreitenden Krise der nationalen Identität darstelle. Die Meinung dieser Historiker wurde durch die Meinungsforschung der letzten Jahre bestätigt, die eine ständige Abnahme der Zahl der Polen feststellte, die auf ihre Nation stolz sind. Die Verwerfung mythologischer Vorstellungen der Polen von sich selbst hat eine Geschwindigkeit genommen, die Tomasz Szarota und viele seiner Kollegen als schädlich ansehen. „Die Debatte um Jedwabne hat dazu geführt, dass sich in den Polen etwas verfestigt hat, was sie schon vorher fühlten: Scham (...)“, so urteilte er im April 2002. „Diese nationale Tradition soll auch etwas über begangene Sünden und Fehler lehren – das ist klar. Aber die Fehler dürfen nicht die Leistungen überdecken. Man darf die Polen nicht nur durch das Prisma von Jedwabne und Kielce betrachten.“³⁰ Es scheint

jedoch, als sei dies ein allzu hartes Urteil. Immerhin hatte Szarota wenige Monate zuvor noch festgestellt, die Debatte zeuge davon, dass die Polen zu einem „normalen Volk“ würden, das die „ganze Wahrheit“ über seine Geschichte erfahren wolle.

Für die Perspektive Polens ist auch der europäische Kontext aktuell. Als einer der wichtigsten Vorwürfe gegen die Integration in die EU vor 2004 wurden der Verlust des nationalen Bewusstseins durch die Polen, die Degradierung ihrer Sprache und schließlich der Verlust ihrer staatlichen Souveränität genannt. Die katholische Presse hatte – trotz der Zustimmung von 70 % der Polen zur EU – vor, ähnliche Argumente während der Kampagne zum Verfassungsreferendum 2005 zu benutzen. Doch sind solche Vorwürfe in der heutigen EU bedeutungslos, wenn man sich vergegenwärtigt, dass keiner der Mitgliedstaaten der EU seine nationale Identität aufgeben musste.³¹ So droht auch Polen, das seit dem 1. Mai 2004 EU-Mitglied ist, diese Gefahr nicht. Der große Teil der Polen hält Patriotismus, Vaterland und Nationalstolz für unverzichtbare Elemente seiner Existenz. Die Polen unterstützen die Mitgliedschaft in der EU, aber nur 3 bis 4 % sehen in ihrer Selbstidentifizierung Europa als den übergeordneten Wert. Diese polnische Einstellung ist sicherlich mit der Einstellung der anderen Länder vergleichbar.³² Die Auffassung von einer Bedrohung der nationalen Identität basiert auf den Ängsten und manchmal auf unterschiedlichen Vorurteilen sowie Stereotypen, die ihre Befürworter noch haben. Auch hier kann man die Restspuren der historischen Erfahrung der Polen festmachen, die bei den Nachbarländern die Realisierung je eigener Interessen auf Kosten Polens vermuten. So wird das europäische Machtzentrum Brüssel, von dem aus die Polen regiert werden, im eigenen Lande mit Misstrauen beobachtet. Auf der anderen Seite ist die Überzeugung von der historischen, politischen, religiösen und kulturellen Gemein-

schaft Polens mit dem Westen sehr verbreitet. Die Mitwirkung am europäischen Integrationswerk unter partnerschaftlichen Bedingungen hielt man allgemein für eine Unterbrechung der vielen Niederlagen Polens seit dem 17. Jahrhundert und für eine neue Chance für die künftige Entwicklung des Landes. Sicherheit und Wohlstand erleichtern eine ruhige Sicht auf die eigene Vergangenheit. Schon jetzt lässt sich das Streben nach Verarbeitung der tragischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts als übernationaler Faktor beobachten, ohne dass dabei die eigenen Gefühle berührt würden; vielmehr verneigt man sich vor dem Leiden der Anderen. Eine solche Meinung ist nach wie vor recht elitär. Es geht also um die Erinnerung an die menschliche Erfahrung, die nichts damit zu tun hat, dass man seine Wurzeln vergisst. Eine solche empathische Sichtweise könnte sicherlich für den vielseitigen Versöhnungsprozess von großem Wert sein. Die „Arbeit an der Erinnerung“ wird nicht aufhören.

Anmerkungen

¹ Zum Thema vgl. auch Günter GRASS: „Ich erinnere mich ...“. Rede im Rahmen der Litauisch-deutsch-polnischen Gespräche über die Zukunft der Erinnerung.

² Barbara SZACKA: Der widerspenstige Held. Der Warschauer Aufstand in der kollektiven Erinnerung in der Zeit der Volksrepublik Polen, in: Deutsche und polnische Geschichtskulturen. Die Formen des kollektiven Erinnerns. Materialien, Darmstadt 1994, S. 16.

³ DIES.: Transformacja a świadomość historyczna, in: Ofiary czy współwinni. Nazizm i sowietyzm w świadomości historycznej, Warszawa 1997, S. 37.

⁴ Jerzy JEDLIŃSKI: O pamięci zbiorowej, in: „Gazeta Wyborcza“ vom 26./27. Juli 1997.

⁵ Peter L. BERGER: Einladung zur Soziologie. Eine humanistische Perspektive, Freiburg i.Br. 1969. Zit. nach JEDLIŃSKI: Kollektives Gedächtnis und historische Gerechtigkeit, in: erinnern, vergessen, verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen, hrsg. von Ewa KOBYLIŃSKA und Andreas LAWATY, Wiesbaden 1998, S. 135.

⁶ JEDLICKI, O pamięci (wie Anm. 4).

⁷ EBD.

⁸ Krystyna KERSTEN: Czy można rozliczyć się z historią PRL?, in: *Obrachunki z historią*, hrsg. von Włodzimierz BORODZIEJ, Warszawa 1997, S. 27.

⁹ Jerzy SZACKI: Dwie historie, in: *Spor o PRL*, Kraków 1996, S. 68–69.

¹⁰ Vgl. Raport Centrum Badania Opinii Społecznej: *Połączenie o zmianach po 1989 roku*. Komunikat z czerwca 2004 r.

¹¹ Tomasz SZAROTA: *Wojna na pocieszenie*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 6. September 1996.

¹² Raport Centrum Badania Opinii Publicznej: *Opinie o stosunkach polsko-niemieckich i reparacjach wojennych*. Komunikat z badań z października 2004 r.

¹³ SZAROTA (wie Anm. 11).

¹⁴ Edith HELLER: *Kirche, Macht, Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965*, Köln 1992; Piotr MADAJCZYK: *Na drodze do pojednania. Wokół orędzia biskupów polskich do biskupów niemieckich z 1965 roku*, Warszawa 1994; Basil KERSKI / Thomas KYCIA / Robert ŻUREK (Hg.): *„Wir vergeben und bitten um Vergebung“*. Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 und seine Wirkung, Osnabrück 2006; Friedhelm BOLL (Hg.): *„Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“*. 40 Jahre deutsch-polnische Verständigung, Bonn 2006 (s. den Text von Włodzimierz BORODZIEJ: *„Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“*. Entstehungsbedingungen und Nachwirkungen des polnischen Bischofsbriefes von 1965, *ibidem*, S. 21–32).

¹⁵ Jan Josef LIPSKI: *Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen*, in: DERS: *Wir müssen uns alles sagen ... Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft*, hrsg. und mit einem Vorwort versehen von Georg ZIEGLER, Gleiwitz-Warschau 1996, S. 192–193.

¹⁶ Zbigniew ROMANOW: *Ludność niemiecka na ziemiach zachodnich w latach 1945–1947*, Słupsk 1992; Beata OCIEPKA: *Niemcy na Dolnym Śląsku w latach 1945–1970*, Wrocław 1994; Piotr MADAJCZYK: *Przyłączenie Śląska opolskiego do Polski 1945–1948*, Warszawa 1996; Bernard LINEK: *„Odniemczanie“ województwa*

śląskiego w latach 1945–1950 w świetle materiałów wojewódzkich, Opole 1997.

¹⁷ Vgl. *Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen*, hrsg. von Klaus BACHMANN und J. KRANZ, Bonn 1998.

¹⁸ Vgl. Raport Centrum Badania Opinii Społecznej: Samoidentyfikacja i duma narodowa Polaków. Komunikat z badań z października 2004 r.

¹⁹ Edmund DMITROW, *Pamięć i zapomnianie w stosunkach polsko-niemieckich*, „Przegląd Zachodni”, 2000, Nr. 1, S. 18.

²⁰ Lothar KETTENACKER (Hrsg.): *Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940–45*, Berlin 2003; *Pamięć wypędzonych. Grass, Benes i środkowoeuropejskie rozrachunki. Antologia tekstów polskich, niemieckich i czeskich*, hrsg. von Piotr BURAS i Piotr MAJEWSKI, Warszawa 2003.

²¹ Zur Idee des Zentrums gegen Vertreibungen vgl. Phillip THER: *Die Ursachen von Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert und das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“*, in: Dieter BINGEN / Włodzimirz BORODZIEJ / Stefan TROEBST (Hrsg.): *Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen*, Wiesbaden 2003, S. 215–221; DERS.: *Erinnern oder aufklären. Zur Konzeption eines Zentrums gegen Vertreibungen*, in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft”, 2003, S. 36–41; *Ein Zentrum gegen Vertreibungen. Nationales Gedenken oder europäische Erinnerung?* Potsdam 2004; Agnieszka ŁADA: *Debaty publiczne na temat powstania Centrum przeciw Wypędzeniom w prasie polskiej i niemieckiej*, Wrocław 2006; *Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert*, Bonn 2006; *Vertreibungsdiskurs und Europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung. Eine Dokumentation*, hrsg. von Stefan TROEBST, Osnabrück 2006.

²² Robert TRABA: *Historia – przestrzeń dialogu*, Warszawa 2006; Anna WOLFF-POWESKA: *Polskie spory o historię i pamięć. Polityka historyczna*, in: „Przegląd Zachodni”, 2007, H. 1, S. 3–44 (dort auch die neueste weiterführende Literatur).

²³ Sławomir SIERAKOWSKI: *Chcemy innej historii*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 10. Juni 2003.

²⁴ Jan Tomasz GROSS: *Sąsiedzi. Historia zagłady małego miasteczka*, Sejny 2000. Im Laufe der folgenden Monate erschien das Buch auch auf Englisch und Deutsch.

²⁵ Vgl. Ruth HENNING (Hg.): Die „Jedwabne-Debatte“ in polnischen Zeitungen und Zeitschriften, in: Transodra, Dezember 2001; Edmund DMITROW / Pawel MACHCEWICZ / Tomasz SZAROTA: Der Beginn der Vernichtung. Zum Mord an den Juden in Jedwabne und Umgebung im Sommer 1941. Neue Forschungsergebnisse polnischer Historiker, Osnabrück 2004; Beate KOSMALA: Polen – Juden – Deutsche. Die Debatte um die Jedwabne, in: Wolfgang BENZ (Hg.): Wann ziehen wir endlich den Schlussstrich? Von der Notwendigkeit öffentlicher Erinnerung in Deutschland, Polen und Tschechien, Berlin 2004, S. 113–134; Karol SAUERLAND: Polen und Juden. Jedwabne und die Folgen, Wien 2004.

²⁶ Andrzej PACZKOWSKI: Debata wokół „Sąsiadów“. Próba wstępnej typologii (Die Debatte um die „Nachbarn“. Versuch einer einführenden Typologie), in: Rzeczpospolita vom 24. März 2001.

²⁷ Die Kommunisten hatten in Jedwabne einen Obelisk errichtet, in dessen Inschrift die Nazi-Deutschen der Ermordung von 1.600 Juden beschuldigt wurden.

²⁸ Auf diese Weise würden die Mörder von der polnischen Nation getrennt, aus der kollektiven würde eine individuelle Schuld.

²⁹ Vgl. Andrzej PACZKOWSKI: Debata wokół „Sąsiadów“. Próba wstępnej typologii, in: Rzeczpospolita vom 24. März 2001.

³⁰ Siehe *Tygodnik Powszechny*, Nr. 17–19/2002.

³¹ Vgl. auch Karol SAUERLAND: Polen, in: Günter BUCHSTAB / Rudolf UERTZ (Hg.): Nationale Identität im vereinten Europa, Freiburg i. Br. 2006, S. 165–181.

³² Vgl. BUCHSTAB / UERTZ: Nationale Identität (wie Anm. 31).